

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Norbert Wieczorek, Freimut Duve, Ingrid Matthäus-Maier, Wolfgang Roth, Brigitte Adler, Rudolf Bindig, Hans Büchler (Hof), Helmut Esters, Achim Großmann, Dr. Uwe Holtz, Dr. Uwe Jens, Hans-Ulrich Klose, Walter Kolbow, Christoph Matschie, Herbert Meißner, Gerhard Neumann (Gotha), Dr. Edith Niehuis, Horst Niggemeier, Peter W. Reuschenbach, Dieter Schanz, Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Dr. Rudolf Schöffberger, Dr. R. Werner Schuster, Margitta Terborg, Hans-Günther Toetemeyer, Hans Wallow, Verena Wohleben, Hanna Wolf, Dr. Peter Struck, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD**

### **Weltwirtschaftsgipfel**

#### **Deutsche Initiativen zur Verbesserung globaler Zusammenarbeit**

Weltwirtschaftliche Ungleichgewichte, politische und wirtschaftliche Umwälzungen in Osteuropa und in der Sowjetunion, wachsende Armut und Spannungen in der Dritten Welt und globale ökologische Bedrohungen prägen die 90er Jahre. Zu den ungelösten Problemen gehören auch die internationale Verschuldung und wachsende Flüchtlingsströme. Noch nie war die internationale Gemeinschaft, insbesondere aber die wohlhabenden Länder, in so hohem Maß gefordert.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1991 eigenständige Initiativen zu ergreifen, damit endlich konsequentere Vereinbarungen zwischen den großen Industrienationen zur Lösung dieser Probleme getroffen werden. Die Chancen einer erfolgversprechenderen internationalen Zusammenarbeit, die der Gipfel bietet, dürfen nicht erneut durch Untätigkeit der Regierenden verspielt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung insbesondere zu folgenden Initiativen auf:

#### **1. Die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken und die Ost-West-Wirtschaftsintegration voranbringen**

- Weltwirtschaftliche Schwächetendenzen und immer noch bestehende weltwirtschaftliche Ungleichgewichte erfordern

eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und eine Ausrichtung auf gemeinsame wirtschaftliche Ziele. Die Geld- und Finanzpolitik der westlichen Industrieländer muß niedrigere Realzinsen und eine dauerhafte Preisstabilität erreichen und damit die Voraussetzung schaffen für eine erhöhte Investitionsbereitschaft.

- Die westlichen Industrieländer müssen den Reformländern Osteuropas und der Sowjetunion eine umfassende wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftliche Zusammenarbeit anbieten. Insbesondere der hohe Kapitalbedarf der Sowjetunion erfordert eine besondere finanzielle Anstrengung. Neben staatlichen Mitteln muß vor allem auch privates Kapital zur Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Reformen in Osteuropa mobilisiert werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zum Aufbau eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes in ganz Europa geleistet.

## **2. Eine eingreifende Verminderung globaler Umweltzerstörung durchsetzen**

- Reduktion der klimarelevanten Emissionen. Die westlichen Industrieländer sollen eine Vorreiterrolle übernehmen und die Emission von Kohlendioxid bis zum Jahr 2000 um mindestens 20 Prozent verringern. Für die FCKW soll bis 1995 ein vollständiger Verzicht erfolgen.
- Ausreichende finanzielle und technologische Transferleistungen, um die ökologische Anpassung in der Dritten Welt und in Osteuropa zu fördern. Die Mittel der Weltbank für den globalen Umweltschutz (sog. Umweltfazilität) müssen auf mindestens fünf Mrd. US-Dollar aufgestockt werden.
- Die Entwicklung des UN-Entwicklungsprogramms (UNEP) zu einer echten Umweltbehörde und die Einrichtung eines internationalen Umweltgerichtshofs, um die Durchsetzung internationaler Umweltkonventionen zu gewährleisten. Den Nicht-Regierungsorganisationen sollen Mitwirkungs- und Klagerechte eingeräumt werden.

Die 1992 geplante UN-Konferenz Entwicklung und Umwelt (UNCED) wird nur zum Erfolg führen, wenn die westlichen Industrieländer im Vorfeld substantielle Zusagen machen.

## **3. Die internationale Verschuldungskrise strukturell lösen**

- Bei den öffentlichen Schulden soll – im Rahmen von Einzelfallregelungen und geknüpft an die Bereitschaft, die Rüstungsausgaben deutlich zu vermindern – für die ärmsten Länder ein 100prozentiger, für hochverschuldete Länder der Dritten Welt und Osteuropas mit mittlerem Einkommen eine mindestens 50prozentige Entlastung ihres Schuldendienstes – gestuft nach ihrer Leistungsfähigkeit – vereinbart werden. Die internationalen Finanzinstitutionen sollen in umfassende Regelungen zur Schuldenreduktion einbezogen werden.
- Die internationalen Geschäftsbanken sollen veranlaßt werden, einen nach der Leistungsfähigkeit der Schuldner gestuften

Forderungsverzicht auszusprechen. Dazu gehören gemeinsame gesetzgeberische Maßnahmen bezüglich Insolvenzregelungen und steuerlicher Erleichterungen.

- Die Bundesregierung soll sich für eine internationale Schuldenkonferenz einsetzen, die Maßnahmen für die internationale Entschuldung konkretisieren und dafür zusätzliche ausreichende Finanzmittel bereitstellen soll. Diese Konferenz soll neben den internationalen Finanzinstitutionen eine begrenzte Zahl von repräsentativen Geschäftsbanken und Gläubiger- und Schuldnerländern umfassen.

#### **4. Die Strategie der Strukturanpassung überprüfen und entwicklungspolitisch erfolgreicher konzipieren**

- Strukturelle Anpassungsprogramme müssen stärker als bisher sozial und ökologisch verträglich gestaltet werden sowie Anstrengungen der Entwicklungsländer zur Senkung von Rüstungsausgaben honorieren.
- Strukturelle Anpassungsprogramme müssen langfristiger konzipiert sein und stärker an den spezifischen Entwicklungsstand und die politischen Durchsetzungsmöglichkeiten eines Landes angepaßt werden.
- Strukturelle Anpassungsprogramme müssen darauf gerichtet sein, daß Entwicklungsländer durch konsequente soziale, politische und wirtschaftliche Reformen in verstärktem Maße Eigenanstrengungen erbringen, um die Investitionsbedingungen zu verbessern und der Kapitalflucht entgegenzuwirken.
- Zur strukturellen Anpassung gehören auch Reformen im Bereich der Land-, Vermögens- und Einkommensverteilung, der Demokratisierung und der Bildung. Sie müssen so konzipiert werden, daß sie die Mitwirkung der breiten Bevölkerung erreichen.

Die Bundesregierung soll darauf dringen, daß die jüngsten Vorschläge der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) bei der Revision der Strukturanpassungspolitik berücksichtigt werden („African Alternative Framework for Structural Adjustment“).

#### **5. Vorsorge treffen für eine schnellere und umfassendere internationale humanitäre Hilfe**

- Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen muß politisch und rechtlich, technisch und finanziell in die Lage versetzt werden, um in Fällen vom Ausmaß der Flucht der Kurden aus dem Irak in eigener Kompetenz schneller, wirksamer und umfassender als bisher humanitäre Hilfe leisten zu können.
- Die westlichen Industrieländer sollen den finanziellen Grundstock für einen globalen Flüchtlingsfonds legen, an dem sich die gesamte Weltgemeinschaft beteiligen soll. Mittel aus diesem Fonds sollen sowohl dazu dienen, daß Flüchtlinge von anderen Ländern schnell aufgenommen und versorgt werden als auch möglichst bald in ihre Heimatländer zurückkehren können.

**6. Den Protektionismus bekämpfen und die internationalen Handelsbeziehungen konstruktiver gestalten**

- Der Weltwirtschaftsgipfel muß einen Durchbruch erreichen, um die Uruguay-Runde zum Erfolg zu führen. Eine generelle Liberalisierung des Welthandels und die Stärkung der GATT-Disziplin müssen verbunden werden mit einer stärkeren Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer, der ökologischen Belange und der regionalen und globalen Sicherheit.
- Die weltweiten Agrarüberschüsse der Industrieländer müssen beseitigt, die Subventionen für eine ökologisch schädliche industrielle Agrarproduktion drastisch reduziert, die Exportsubventionen eingestellt und den Bauern statt dessen direkte Ausgleichszahlungen gewährt werden. Es müssen strukturelle Anpassungsprogramme für den ländlichen Raum konzipiert werden, die sozial und ökologisch verträglich sind.
- Den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern Osteuropas und der Dritten Welt sollen zeitlich befristete Präferenzen gewährt werden, um ihnen den Aufbau einer eigenen Industrie und einer die Ernährung sichernden Landwirtschaft zu erleichtern; für die Vermarktung ihrer Rohstoffe ist ein Stabilisierungssystem erforderlich. Zur Entwicklung ihrer Wirtschaft und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung ist ihnen auch im Rahmen der Vereinbarungen zum Schutz geistigen Eigentums (sog. TRIPS) der Zugang zu neuen Technologien insbesondere auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der menschlichen und tierischen Pharmazie unter erleichterten, ihren wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßten Bedingungen zu eröffnen.
- Einem eigenen internationalen Regime zu unterwerfen ist der internationale Wirtschaftsverkehr mit militärischen Gütern und Technologie. Die Teilnehmer auf dem Weltwirtschaftsgipfel sollen sich endlich gemeinsam zu Restriktionen und Sanktionen auf diesem Gebiet verständigen und ihre Bereitschaft erklären, bei der UN ein Waffenexport-Register einzurichten.
- Die Rechte von Ländern zur Festlegung von ökologischen und gesundheitlichen Standards dürfen nicht eingeschränkt werden. Entsprechende Auflagen für Produkte im Herstellungsland müssen auch für den internationalen Handel gelten.

**7. Eine globale Gipfelkonferenz einberufen**

- Es muß ein Konzept entwickelt werden, wonach spätestens ab 1992 alle zwei Jahre eine wirkliche Globale Gipfelkonferenz zusammentritt, an der neben den bisherigen Teilnehmern des Weltwirtschaftsgipfels auch die Sowjetunion und Staaten aus Osteuropa, Asien, Lateinamerika und Afrika teilnehmen.
- Die Zahl der teilnehmenden Staaten soll so weit begrenzt sein, daß eine Globale Gipfelkonferenz zu zeitgerechten und wirksamen Verhandlungen in der Lage ist.

- Ein globaler Gipfel schränkt nicht die Möglichkeit ein, daß daneben Konferenzen stattfinden, die nach regionalen oder anderen Kriterien zusammengesetzt sind.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechende Initiativen Frankreichs aufzugreifen, sie zusammen mit ihren europäischen Partnern weiterzuentwickeln und einen entsprechenden gemeinsamen Vorschlag dem nächsten Weltwirtschaftsgipfel in London zu unterbreiten.

Bonn, den 5. Juni 1991

**Dr. Ingomar Hauchler**  
**Dr. Norbert Wieczorek**  
**Freimut Duve**  
**Ingrid Matthäus-Maier**  
**Wolfgang Roth**  
**Brigitte Adler**  
**Rudolf Bindig**  
**Hans Büchler (Hof)**  
**Helmut Esters**  
**Achim Großmann**  
**Dr. Uwe Holtz**  
**Dr. Uwe Jens**  
**Hans-Ulrich Klose**  
**Walter Kolbow**  
**Christoph Matschie**  
**Herbert Meißner**

**Gerhard Neumann (Gotha)**  
**Dr. Edith Niehuis**  
**Horst Niggemeier**  
**Peter W. Reuschenbach**  
**Dieter Schanz**  
**Dieter Schloten**  
**Günter Schluckebier**  
**Dr. Rudolf Schöffberger**  
**Dr. R. Werner Schuster**  
**Margitta Terborg**  
**Hans-Günther Toetemeyer**  
**Hans Wallow**  
**Verena Wohlleben**  
**Hanna Wolf**  
**Dr. Peter Struck**  
**Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion**





